

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post kostet frei ganzj. unter Kreuzband und gedruckter Adresse 15 fl. halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmon-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertionsstempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Insertate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels.)

# Laibacher Zeitung.

## Amtlicher Theil.

Ihre Majestät die Kaiserin sind am 22. d. Ms. Nachmittags von Laxenburg nach Cossu abgereist.

Allerhöchsteselbe werden von Sr. F. F. Apostolischen Majestät bis Miramor begleitet.

Se. F. F. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Einschließung v. 4. Juni d. J. den Großwardeiner Pfarrer Georg Beyer und den Usligösser Pfarrer Michael Léhner zu Ehrendomherren an dem Großwardeiner römisch-katholischen Domkapitel allernädigst zu ernennen geruht.

Der Staatsminister hat den bisher supplirenden Religionslehrer am Staatsgymnasium in Udine, Weltpriester Lorenz Schiavì, über Vorschlag des dortigen erzbischöflichen Ordinariats zum wirklichen Religionslehrer daselbst ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Sitzung des Herrenhauses

am 21. Juni.

Die Sitzung beginnt um 11<sup>1/2</sup> Uhr.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Pratobevera, Degenfeld und Plener.

Die Abgeordnetenloge, die Zuschauerräume und die Logen sind vollständig besetzt.

Das Protokoll wird genehmigt.

Se. F. F. Hobheit der Herr Erzherzog Ferdinand Max zeigt an, daß er auf Befehl Sr. Majestät in Marineangelegenheiten nach Triest hatte reisen müssen und daher verhindert war, an den Sitzungen des Reichsrathes teilzunehmen.

Nachdem mehrere Urlaubsgesuche bewilligt worden, wird zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs betreffs der Unverzüglichkeit und Unverantwortlichkeit der Abgeordneten des Reichsrathes und der Landtage geschritten.

Freih. v. Lichtenfels verliest den bereits in unserem gestrigen Blatte mitgetheilten Bericht.

Als Reiner in der Generaldebatte sind eingeschrieben: Dr. Palacky, Fürst Vincenz Auersperg und Graf Leo Thun, sämmtlich dagegen.

Freih. v. Lichtenfels: Die Kommission habe sich den freisinnigen Ideen des Abgeordnetenhauses angeschlossen, sie habe das Prinzip der Redefreiheit nicht beschränkt, sondern Bestimmungen beantragt, daß mit denselben kein Missbrauch getrieben werden könne. Es dürfte leicht sich jemand durch Leidenschaftlichkeit hinreißen lassen, Angriffe auf die Privat- und Amtsbeh. verbrecherische Neuerungen gegen das Staatsoberhaupt im Hause zu machen, wenn er nichts als den Ordnungsbruch zu fürchten hätte. Die Kommission habe ferner einer der Verfassung widersprechenden Bestimmung nicht beipflichten können und habe auch die Hintanhaltung der Personal-Exekution für eine Verfassungsänderung gehalten.

Dr. Palacky spricht für die unveränderliche Annahme des Gesetzentwurfs, wie er aus dem Hause der Abgeordneten an das Haus gelangte.

Unbelangend die Ausdehnung des Gesetzes auf die Mitglieder der Landtage, müsse er bedauern, eine Frage angeregt zu sehen, welche die leidige Kompetenz berührt, und welche die Zentralisation mit der Autonomie in Konflikt bringt. Zentralisation und Autonomie sind nicht Zweck; sondern Mittel zu hohen Zwecken, dem Selbstbehaltungsgefüle entsprungen. Die Autonomisten wünschen nur ihre Nationalität sichergestellt.

„Die Zentralisatoren — ich darf mich über ihre Absicht nicht näher aussprechen.“

Nicht Rechtshaberei, Eigentum oder Separatismus veranlaßt Böhmen nach möglichster Autonomie zu trachten, sondern Selbstbehaltungstrieb des böhmischen Volkes.

Wenn alle Gegenstände der Gesetzgebung nach Wien gezogen werden, so muß entweder in einem polyglossen Parlamente berathen werden, oder es werden sich die nicht-deutschen Nationen verkürzt glauben.

Wenn ein Volk gar kein parlamentarisches Leben hat, so ist dies dessen moralischer nationaler Tod. „Wir wollen das, was nicht unbedingt zentralisiert werden muß, für die Landtage reservirt.“ Deshalb empfiehlt er, den Gesetzentwurf des Hauses der Abgeordneten unverändert anzunehmen.

Wird der Gesetzentwurf des Abgeordnetenhauses nicht angenommen, so verwickeln wir uns überdies mit diesem in einen Streit, in welchem das Unrecht auf der Seite des Herrenhauses stände.

Fürst Vincenz Auersperg: Er wolle sich über das Meritum des Prinzipes nicht aussprechen und den §. 1 keiner Urtheilung unterziehen. Was den §. 2 betrifft, so müsse er sagen, daß dies in demselben enthaltene Bestimmung das Ansehen, die Würde und den Kredit des Hauses nicht zu wahren geeignet sei.

(Der Präsident ermahnt den Redner seine Rede nicht abzulesen. — Redner bemerkt, daß er nur „Schlagworte“ auf dem Papier habe. [Heiterkeit.]

Die Gleichheit vor dem Gesetze sei das Palladium der Gesetzung. Diese bestehe schon seit 100 Jahren in Österreich, und jetzt sollten die Vertreter der Völker, auf welche die Augen Österreichs, ja die Augen „Europa's“ gerichtet sind, Ausnahmsstellungen verlangen. (Heiterkeit.) Er stelle daher den Antrag, das hohe Haus wolle den §. 1 des Kommissionsantrages annehmen, den §. 2 hingegen ablehnen.

Graf Leo Thun. Nicht in der Absicht, den Antrag der Kommission durchaus zu bekämpfen, habe er das Wort ergriffen, aber zu einem Punkte müsse er ein Amendement stellen. Die beiden Vorlagen (der Regierung und der Abgeordneten) haben die Immunität der Abgeordneten im Auge. Es habe ihm, so wie der Kommission, bedenklich geschienen, so unbedingt die Immunität auszusprechen, wie dies in den beiden Vorlagen geschieht. Das Gerechtigkeitsgefühl sträubt sich dagegen, verbrecherische Handlungen frei hingehen zu lassen. Auch die Ehre dritter Personen, die angegriffen werden könnten, habe er in Betracht ziehen zu müssen geglaubt. Allein je mehr er sich über diese Bedenken in's Klare zu setzen gesucht habe, desto mehr habe er gefunden, daß es andere Wege gebe, wie die von der Kommission vorgeschlagenen, um diese zu beseitigen. Das praktische Bedürfniß in politischer Beziehung ist hinlänglich gewahrt, wenn sich die Versammlungen innerhalb der Schranken weiser Mäßigung bewegen.

Bekanntlich sei das Gesetz der Immunität der englischen Verfassung entlehnt, wo es aber einen ganz anderen Sinn hat. Das Parlament ist in England eigentlich ein geheimes gewesen, die Offenheitlichkeit, die jetzt stattfindet, ein Missbrauch. Da der König nichts vom Parlamente erfahren durfte, als durch ihre Adressen, so durfte Niemand erfahren, was im Schoße der Versammlung vorging.

Zudem haben die Häuser in England eine große Disziplinargewalt in der Hand.

Unbedingt könne er nicht begreifen, wozu ein solches Gesetz überhaupt notwendig sei.

„Wer sagen würde, ich sei nicht dem verantwortlich, der ein Interesse an meinem Thun hat, er würde mich beleidigen.“ (Bravo.)

Ein Bedenken müsse er aussprechen, und das

gilt in Bezug auf den Punkt, wo die Unverzüglichkeit der Mitglieder der Landtage erwähnt wird.

Beim Kampf der großen Prinzipien miteinander müsse es immer zu einer Entscheidung kommen, und eines unterliegen.

In unserer Zeit, wo klare und feste Begriffe mangeln, wird der Weg der Vermittlung eingeschlagen; man vermittelt so lange man kann, und bis man zur Entscheidung einer Prinzipienfrage gezwungen ist. Durch die im Kommissions-Antrage enthaltenen Worte „und die Landtage“ wird die Versammlung gezwungen, über das Prinzip zu entscheiden.

Bereits in der ersten Berathung im Abgeordnetenhouse haben sich viele Juristen über das Prinzip ausgesprochen, die Einen behaupteten, es sei eine Verfassungsfrage, die Anderen betrachteten es als einfaches Gesetz. Hierauf entwickelt er lang und breit, warum dieser Punkt eine Prinzipienfrage involviert hat, und spricht dann noch über die Zentralisten, Föderalisten und Unionisten.

Alle wünschten wohl die Einheit, aber nicht alle Parteien seien darüber einig, auf welche Weise sie am besten zu bewerkstelligen.

Die große Idee der Verfassung, die Se. Maj. am 20. Oktober ertheilt, ist doch die, daß in allen Kreisen der Familie und der Völker eine freiere Bewegung möglich sei, so weit es mit dem Bestande des Guten verträglich ist.

Botzt man den Landtagen die Immunitätsgezege, so negirt man ihre Autonomie. Wie wenn ein Landtag die Immunität nicht verlangte, sie sogar zurückwiese, so wäre dies doch nur vernünftig und man würde sie ihm aufdringen müssen.

Er berübt auch das Verhältniß zum anderen Hause, mit dem man sich nicht in Widerspruch setzen sollte und beantragt im §. 1 des Kommissions-Antrages die Worte „und der Landtage“, im §. 2 „oder der Landtage“ auszulassen.

Graf Kueffstein: Es wäre möglich, daß einer im Reichsrath bezüglich der Augenreize sich vergäbe, das aber sollte kein Beweggrund sein, daß der ordentliche Rechtsgang eine Unterbrechung erleide. Die Demarkationslinie des Strafgesetzes soll nicht durch das Immunitätsgezeg überschritten werden.

Staatsminister Schmerling: Im Wesentlichen stimme der Kommissionsbericht mit den Regierungsvorlagen überein, man sei diesen entgegenzukommen. Es handle sich vornehmlich um die Frage, ob das Immunitätsgezeg auch auf die Landtage angewendet werden solle. Vorher aber müsse die Regierung sich darüber aussprechen, ob es in der Kompetenz des engern Reichsrathes liege, ein solches Gesetz zu beschließen. Dasselbe könnte unter zwei Gesichtspunkten aufgefaßt werden: entweder unter dem, daß es eine Modifikation der Verfassung, oder eine Modifikation eine Ausnahmestellung des allgemeinen Strafgesetzes wäre. Die Regierung betrachte es unter dem zweiten Gesichtspunkte, und da sei es über jeden Zweifel erhaben, daß der engere Reichsrath darüber zu sprechen und zu beschließen die Kompetenz besitzt.

Es entspricht auch der Zweckmäßigkeit, daß der Reichsrath das Gesetz berathen. Es ist für die Rechtspflege nicht gleichgültig, wenn die Gesetze in jedem Lande eine andere Modifikation erleiden. Die Autonomie der Länder soll diese Übereinstimmung, die seit 80 Jahren besteht, nicht föhren. Das wollte Se. Majestät und deshalb hat er den engern Reichsrath geschaffen. Die Anträge der Landtage bezüglich der Immunität sind aber verschieden rücksichtlich der Dauer und der Form, kaum zwei sind in Übereinstimmung; es würde dadurch eine provinzielle Gesetzgebung geschaffen und in die Rechtseinheit Bresche geschossen. Den Beschlüssen der einzelnen Landtage hat deshalb die Regierung Sr. Majestät die Sanktion zu geben nicht empfohlen.

Graf Wolkenstein: Aus der Rede des Ministers folge nur, daß allen Landtagen eine gleiche Proposition zu machen sei.

Lichtenfels: Die Häuser sind beunruhigt, Mißbräuche zur Rede zu bringen, aber Neuerungen, wo durch Privat-, Amts- und Staatsrechte angegriffen werden, sollen nicht erlaubt sein. Kann denn jedes Haus strophälichen Neuerungen ernstlich entgegentreten? Redner haben sich schon oft im Parlamente verleumderischer Neuerungen bedient. Was die Beschuldigungen dritter Personen betrifft, wie soll das Haus die Wahrheit ertragen? Kann der Verleumdeten mit dem einfachen Ordnungstraf sich begnügen? Aehnliches gilt von Angriffen auf Staat und Staatsoberhaupt. Die meisten deutschen Verfassungen haben Ausnahmen, wo die Gerichte sogar ohne Billigung des Hauses einschreiten dürfen.

Eine Herauslösung der Würde der Abgeordneten hätte die Kommission nicht im Sinne. Erlassung eines Gesetzes gegen Mißbrauch ist keine Verlegung der parlamentarischen Würde. Es ist ja selbst im Besluß der Abgeordneten die Rede von einer Untersuchung, und doch wählt man dieß für keine Verlegung der Würde der Abgeordneten. Man hat gesagt, der Partegeist könne hier Gewalt üben, er hoffe, die Majorität des Hauses werde sich nie vom Partegeist hinreißen lassen, dann aber sei ja noch der unabhängige Richter, der zu entscheiden habe. Man hat gesagt, welches Strafgesetz solle maßgebend sein? Das jetzige. Diese Strafgesetze müssen modifiziert werden, aber eben deshalb hat, bis sie modifiziert sind, das Haus zu entscheiden, ob die Kritik derart ist, daß sie strohlos ausgeben solle.

Die Geschäftsausordnung des Abgeordnetenhauses hat die Ausschließung verworfen, es können also Ausschreitungen nicht kräftig hinausgehalten werden, wenn man nicht den Arm des Gesetzes walten läßt.

Bezüglich der Landtage gilt ihm vor Allem die Einheit der Macht des Reiches; die Autonomie soll darauf nicht förend einwirken, aber es ist hier nicht davon die Rede, sondern es gilt einfach ein Gesetz zu machen, welches dem engern Reichsrath zusteht. Keine Bestimmung überläßt den Landtagen die Aufhebung des Strafgesetzes. Es ist keine Verfassungsfrage, denn die Bestimmung fehlt in vielen Verfassungen, und das Gesetz ist nicht als Verfassungsgesetz vorgelegt. Es ist kein Gesetz, damit die Abgeordneten sich der Rechtsfreiheit bedienen, sondern der Bevölkerung gegeben, damit sie wisse, die Rede sei frei. Beschränktheit der Gesetzgebung soll nur da sein, wo Sonderreigentümlichkeiten vorhanden sind, das sei hier nicht der Fall. Abweichungen von der bürgerlichen und Strafgesetzgebung müssen vom Reichsrath bewilligt werden.

Der Antrag des Fürsten Vincenz Auersperg geht dahin, den §. 2 des Gesetzes abzulehnen. (Er wird nur vom Kardinal Schwarzenberg unterstützt).

Palacky beantragt, den Vorschlag des Abgeordnetenhauses anzunehmen und darüber abzustimmen.

Leo Thun's Antrag „die Landtage“ wegzulassen, wird nur von 25 Stimmen unter 65 angenommen, daher ist er verworfen.

Der Antrag der Kommission wird mit 42 von 65 Stimmen angenommen. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.

## Österreich.

Wien. Vom h. Herrenhause erhielt die „W. B. Ztg.“ Folgendes zur Veröffentlichung:

„Über Anregung Seiner Durchlaucht des F. M. Fürsten von Windisch grätz hegte das Herrenhaus den Wunsch, aus Anlaß der Abreise Ihrer Majestät der Kaiserin die Gefühle seiner schmerzlichen Theilnahme Ihren Majestäten durch eine Deputation ehrfürchtigst bekannt zu geben. Da wegen der hente erfolgten Abreise Ihrer Majestät der Kaiserin der Empfang der Deputation unter dankbarer Anerkennung der kundgegebenen Gesinnung abgelehnt werden müsse, so gab das Herrenhaus seinen Empfehlungen in folgender, von Sr. Eminenz dem Kardinal Rauscher beauftragten Fassung im Protokolle Ausdruck:

Vor kurzer Zeit ist Ihre Majestät die Kaiserin aus dem fernen Süden zurückgekehrt, und schon wird sie durch ihre Gesundheitsverhältnisse genöthigt, wieder von Wien und Sr. Majestät zu scheiden.

Franz Josef I. ist berufen für Millionen zu leben und zu wirken, allein eben deswegen berübt auch Alles, was ihn betrifft, das Herz von Millionen. Den Schmerz des Abschiedes heilen mit ihm seine Völker, heilt mit Unigkeit das Herrenhaus des Reichsrathes. Gottes schirmende Gnade möge Ihre Majestät die Kaiserin geleiten und in voller Gesundheit zu Ihrem erlauchten Gemale zurückführen. Die Liebe und Dankbarkeit seiner Völker tröste Se. Majestät in jeder Sorge und Trübsal.“

— Wie wir erfahren, ist die Verfügung getroffen worden, daß zur Aufnahme in die k. k. Josephs-

Akademie (Josephinum) ein Geburtszeugnis genügt, während bisher ein Taufzeugnis erforderlich war.

## Deutschland.

Unter Berliner Nachrichten befindet sich das Ministerium Auerswald-Schwerin in einem Bährungsprozesse, und soll der Aussturz des Herrn v. Schleinitz aus dem Kabinete eine bereits entschiedene Sache sein. Veranlassung der noch im latenten Zustand befindlichen Krise sollen die neulich erwähnten Huldigungsfeierlichkeiten sein. Die Kreuzzeitungs-Partei dringt darauf, daß diese stark nach Feudalismus reichende Feierlichkeit mit möglichstem Glanze vollzogen werde, während die Liberalen und mit ihnen das Ministerium die Huldigungsfrage durch die Eidleistung bei Beginn der Session für erledigt halten. Der Landtag hat dem König bereits gehuldigt, und es gibt kein anderes legales Organ der Bevölkerung als die Kammern. Eine Huldigung wie die beabsichtigte, beruht auf einer für die Landesvertretung verlegenden Ignoranz ihres repräsentativen Charakters.

## Italienische Staaten.

Mailand, 13. Juni. Der hiesigen Qualität ist es gelungen, den Faden einer sehr ausgebreiteten republikanischen Verschwörung zu entdecken. Wie es heißt, ist sie auch der Fabrikation von Bomben à la Orsini auf die Spur gekommen, von denen sie einige zu sequestriren in die Lage gezeigt wurde. Ein gewisser Otto, der im Verdacht stand, an dieser Fabrikation teilgenommen zu haben, wurde verhaftet. Überdies traf dieses Los noch Andere, und die Qualität geht mit dem größten Eifer in ihren Nachforschungen zu Werke und stellt Nachforschungen in allen ihr verdächtig scheinenden Gesellschaften an.

Genua, 17. Juni. Wenn man sich erinnert, daß Mazzini der Erste war, welcher eine detaillierte Nachricht von der Abreise Savoyens und Nizza's in die Welt schickte, ehe Jemand etwas von dem Bestehen des Schachtplans ahnte, so wird man der Vergeblichkeit, welche wir eben berichten wollen, eine gewisse Wichtigkeit nicht absparen können. Bekanntlich gibt es hier einen Club, welcher in direkter Verbindung mit Mazzini steht und von diesem seine Weisungen erhält, weshalb er auch von allen ähnlichen Clubs und Comité's als maßgebend und gleichsam als ein Organ Mazzini's betrachtet wird. Vorgestern Abend, auchin früher noch, als die Regierung selbst die amtliche Nachricht von der bevorstehenden Anerkennung Italiens von Seite Frankreichs empfangen hatte, wurden die Hauptmitglieder dieses Clubs zu einer Versammlung berufen, da wichtige Mittheilungen von Mazzini eingetroffen seien. Derselbe schrieb, daß Frankreich die saits accomplit in Italien anerkennen und den König Viktor Emanuel als König von Italien zu begrüßen bereit sei. Zugleich aber versicherte Mazzini, er habe die Beweise dafür in Händen, daß ein neuer Pakt zwischen Louis Napoleon und Viktor Emanuel abgeschlossen werde. Es handle sich nämlich um die Übergabe Roms und die Eroberung Venetiens mit französischer Hilfe. Louis Napoleon habe die bestimmtesten Zusicherungen gemacht, daß er Piemont dazu beihilflich sein werde, ein großes italienisches Königreich mit Venetien und Rom als Hauptstadt zu bilden und zwar unter folgenden Bedingungen: 1. müsse ihm die Leitung der Bewegung und die Bestimmung des Zeitpunktes zur Ausführung des Plaues ganz allein überlassen werden und der König müsse sich verpflichten, in Allem ganz nach seinen Instruktionen zu handeln. 2. Verpflichtet er sich, in nicht zu ferner Zeit seine Truppen aus Rom zurückzuziehen und die ewige Stadt Piemont preiszugeben; doch müsse er als Sonderau von Frankreich auch die Interessen Frankreichs im Auge behalten, und da der Besitz Corsica's zur Beherrschung des Mittelmeeres nur dann einen Werth für ihn haben könne, wenn dasselbe in der Insel Sardinien einen Stützpunkt finde, so müsse er als Preis der Übergabe Roms die Abreitung der Insel Sardinien an Frankreich verlangen, und um dieses garantiren zu können, würden die von Rom abziehenden französischen Truppen gleich Sardinien besetzen und von der Insel Sardinien Besitz ergreifen.

Einmal im Besitz Roms könnte Piemont oder Italien, nachdem es sich hinlänglich organisiert, vom Quirinal aus die Herausgabe Venetiens von Österreich fordern. Napoleon verpflichtete sich, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die legitimistische Agitation in Neapel, Toscana und Modena aufhöre, für die Niederhaltung des Mazzinismus müsse Italien sorgen. Napoleon verpflichtet sich ferner, Italien im Kampfe gegen Österreich beizustehen, doch müsse er zum Lohn dieser Hilfeleistung im Interesse seiner Nation nach bewirkter Eroberung Venetiens Genua's Besitz bis zu den Seealpen beanspruchen.

Soweit Mazzini's Mittheilungen mit dem Zusage, daß es keinem Zweifel unterliege, daß Viktor Emanuel, dem es nicht um die Einigung Italiens, sondern bloß um Vergrößerung seiner Macht zu thun

sei, den schwachvollen Pakt unterzeichnen werde. Man müsse daher einen Krieg auf Leben und Tod gegen Viktor Emanuel und dessen verrätherische Regierung beginnen, jeden Schritt derselben zu erschweren und nöthigenfalls mit äußerster Gewalt die Feinde des Vaterlandes unschädlich zu machen suchen. Man kann sich denken, welchen Eindruck dieser Brief Mazzini's auf die Zuhörer machte. Nach allen Seiten, nach Turin, Paris, Taglari und Capri wurden Enthüllungen abgeschickt, um zu warnen und zu verhindern, und der Besluß gefaßt, einstweilen nicht nur die Schritte der Regierung Viktor Emanuels genau zu überwachen, sondern alle Mittel anzuwenden, damit das jegliche unpatriotische Ministerium gefürzt und durch ein mehr im Sinne Mazzini's handelndes ersetzt werde.

(Dr. B. J.)

## Schweiz.

Genf, 15. Juni. Gestern sollte in Savoyen der Jahrestag der Besitzergreifung dieses Landes durch Frankreich gefeiert werden, d. h. die französischen Verbündeten boten alles auf, die annexirten Unterthanen des Kaisers zu einer solchen Feier zu verlassen. Aus Annecy erfuhren wir bereits, daß dieses Bemühen scheiterte, und die Verbündeten genöthigt waren, auf eine Faust das „glückliche Ereigniß“, welches heute unter den Savoyarden selbst keine Anhänger mehr zu finden scheint, durch einige Pöterschüsse in das Gedächtniß der Beglückten zurückzurufen. Die französischen Polizei verdoppelt in Savoyen ihre Strenge gegen die schweizerischen Blätter. Die Nummer des „Journal de Genève“, welche den bündesträthlichen Geschäftsbereich über die savoyische Frage brachte, wurde auf der Post konfisziert! —

## Frankreich.

Paris, 17. Juni. Zu wiederholten Malen ist in dem geheimen Rath des Kaisers die Frage angehängt worden: ob es nicht zweckmäßig sei, eine gänzliche Umgestaltung in den auswärtigen Gesandtschaften vorzunehmen. Das Hinderniß, welches sich dieser Reform widersetzt, liegt in dem Umstande, daß der Kaiser darauf besteht, Herrn Thouvenel in seinem Amt zu belassen, und dieser vertheidigt die gegenwärtigen Diplomaten, die unter seiner Leitung arbeiten. Thatzade ist, daß man mit mehreren Vertretern an den Höfen zweiten Ranges nicht ganz zufrieden ist, und in dieser Hinsicht sind Änderungen sehr bald zu gewähren.

## Vermischte Nachrichten.

Laibach. An zwei Tagen nacheinander, vorgestern und gestern wurden wir durch Feuerlärm erschreckt; es brannten jedesmal eine Hörse in der Nähe der Stadt. Das Feuer dürfte vielleicht mutwilliger oder boshafter Weise angelegt worden sein. — Gestern brannte es auch in dem nahen Dorfe Podgora bei St. Veit und sollen daselbst sechs Häuser nebst Nebengebäuden niedergebrannt sein.

— In preußischen militärischen Kreisen erregt die Erfindung einer neuen Art von Schießpulver hervorragende Aufmerksamkeit, die kürzlich von dem bei der Pulverfabrik in Spandau kommandirten Hauptmann Schulze à la suite der Magdeburg'schen Artillerie-Brigade Nr. 4 ausgegangen ist. Die Komposition dieses neuen Pulvers ist natürlich Geheimnis, doch werden der „R. Pr. 3“ als namhaftie Vortheile desselben, im Vergleich zu dem bisher gebräuchlichen Pulver, u. A. gerühmt, daß die Bestandtheile sämmtlich im Jlande produziert werden und die Kosten der Produktion sich fast um die Hälfte billiger stellen; daß es fast gar keinen Dampf verursacht und nur ein Minimum von Schleim in den Geschützen zurückläßt; endlich daß die Gefahr von Explosionen dadurch ganz ausgeschlossen wird, daß die Bestandtheile, von einander getrennt, unschädlich sind und erst vor der Benutzung vereinigt zu werden brauchen. Nach den Versuchen, die innerhalb der letzten Wochen von Seiten der Artillerie-Prüfungs-Kommission mit dem neuen Pulver angestellt wurden und noch fortgesetzt werden, soll dasselbe sich als vollkommen praktisch bewährt haben, und in Bezug auf Kraft und Wirkung dem alten Pulver nichts nachgeben. (Es gibt also doch noch Leute, die „das Pulver“ erfinden können.)

— Ein französischer Gelehrter, Herr Coulvier-Gravier, will die Entdeckung gemacht haben, die Mittel anzugeben, wonach die Witterung für ein ganzes Jahr im Vorhinein mit einer fast unfehlbaren Sicherheit bestimmt werden kann. Der genannte Gelehrte ist zu diesem Resultate durch eine mehr als dreißigjährige Beobachtung der Steinschuppen gelangt; aus deren Kurven und der Richtung, die sie beschreiben, er die sicheren Elemente ableitet, welche genau das Wetter für ein ganzes Jahr bestimmen. Die französische Regierung hat eine Kommission ernannt, welche das System des Herrn Coulvier prüfen wird.

## N a c h t r a g.

**Laibach.** Ihre Majestät die Kaiserin sind vorgestern Nachmittag mittelst Separat-Hostram von Laxenburg abgereist und haben gestern Früh nach 3 Uhr unsere Stadt passirt. Se. Majestät der Kaiser geruhten die Kaiserin bis Miramar zu begleiten, von wo Alerhöchstörselbe gestern Abend 10 1/4 Uhr zurückkehrte.

Über die Abreise von Laxenburg lesen wir in den Wiener Blättern:

Bis zum Bahnhof in Laxenburg, der mit frischen Blumen, Fahnen und anderen Festspons entsprechend ausgeschmückt wurde, ward die Kaiserin von allen Mitgliedern des Kaiserlichen Hofes begleitet. Im Bahnhofe selbst versammelte sich der in Laxenburg anwesende Hofstaat. Den in Mödling bereit stehenden Separatizing leitete Herr General-Direktor Lapeyrière selbst. Außerhalb des Bahnhofes in Mödling batten sich, weil der Zug in den Bahnhof nicht einfahrt, sondern gleich südlich einlenkte, viele Menschen versammelt und wurde die Kaiserin, welche sehr leidenschaftlich aussieht, mit Enthusiasmus empfangen. Der Zug war schon eine gute Strecke entfernt und das Tüchenschwenken dauerte noch immer fort. In Baden verlaubten sich die in Weilburg befindlichen Mitglieder des alther. Kaiserhauses noch ein Mal von der Kaiserin.

Die Dauer des Aufenthaltes der Kaiserin in Miramar ist von dem Enttreffen der Depesche, daß die für die Kaiserin bestimmten Lokalitäten in Corfu eingerichtet sind, abhängig; gleich nach dem Enttreffen dieser Depesche wird die Reise nach Corfu fortgesetzt, bis dahin der Aufenthalt in Miramar genommen.

Der k. k. General-Konsul in Corfu, Herr von Eisenbach, welcher für die Ankunft Ihrer Majestät der Kaiserin die nötigen Vorbereitungen trifft, bat bisher berichtet, daß in der Nähe der Hauptstadt 2 geräumige Landhäuser, deren jedes der herrlichsten Lage sich erfreut, zur Verfügung stehen, von welchen der Privatesekretär der Kaiserin, Regierungsrath Bayer, welcher die Reise nach Corfu am Dinstage angestreten hatte, die Wahl treffen wird. Der k. k. Konsul in Cephalonia, Herr v. Sowa, welcher sich hier befindet, wird die Kaiserin auf der Reise nach Corfu begleiten.

Am 21. d. begaben sich die sämtlichen Herren Erzherzöge und Frauen Erzherzoginnen von Wien, Schönbrunn und Weilburg nach Laxenburg, um daselbst bei Ihrer Majestät der Kaiserin den Abschiedsbesuch zu machen. Über das Besinden der Kaiserin erfährt man, daß dasselbe bis Anfangs Juni sehr befriedigend war, an den künftigen Tagen stellte sich später ein Husten und ein Reiz im Halskopfe ein, so daß Professor Skoda zu Nothe gezogen werden mußte.

Noch am Montag beabsichtigte die Kaiserin die Reise nach Possenhofen, und war dazu auch Alles schon vorbereitet, die aber sodann eingetretene Verschlimmerung in dem Besinden machte die Reise in ein milderes Klima unauffchiebbar. Die Dauer des Aufenthaltes der Kaiserin auf Corfu ist unbestimmt, und wird solche nach dem Eintritte der Besserung erst bestimmt werden. Professor Skoda wird dem Beruhmen nach im August nach Corfu reisen. Mit Ihrer Majestät reisen außer dem Grafen Paar: Hofdame Windischgrätz, Fürstin Taxis und Gräfin Hunyadi, Kommerherr Graf Mitrowsky, Rittmeister Hunyadi, Courier Graf Hohenstein und Graf Tropezy, Hofrath Bayer, Kaplan Hosel, Dr. Kumer und die Dienstschafft, bestehend aus 20 Personen.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

**Pest.** 21. Juni. Oberhans. Die Mittheilung des Beschlusses über die Adresse wurde vorgelesen, angenommen und die Uebergabe an das Unterhaus dem Schriftführer Baron Oeczy übertragen. Sodann wurden die Sitzungen vertagt, bis das Unterhaus seinen Beschluß über die Modalität der Uebergabe der Adresse an Se. Majestät anzeigen wird.

Im Unterhause fanden die Wahlen der Comités zur Steuer- und Nationalitätsfrage statt.

**Pest.** 21. Juni. Das Haus der Abgeordneten hat die Beschlüsse der Jüdisch-Curial-Konferenz auf Antrag der betreffenden Kommission mit 152 gegen 70 Stimmen angenommen.

**Pest.** 22. Juni. Das Unterhaus beschließt: Die Adresse soll durch den Präses des Hauses und ein Mitglied des Oberhauses Sr. Majestät überreicht werden.

**Agram.** 21. Juni. In der heutigen Landtagssitzung sprachen sieben Redner; vier für den Bericht des Zentral-Ausschusses, drei dagegen, sämtlich, mit Ausnahme des Baron Hellenbach, der sich für die frühere Real-Union ausspricht, für eine bedingte Union. Es sind noch über 20 Redner vorgemerkt.

**Berlin.** 21. Juni. Von der polnischen Grenze wird unter dem 20. berichtet: Die Statuten für die Gubernial-, Kreis- und Stadtrathswahlen wurden pu-

bliziert. Das Ganze beruht auf breiter Grundlage. Wählbar ist ohne Unterschied der Konfession, des Standes, bei niedrigem Zensus, wer 25 Jahre alt ist. **Berlin.** 21. Juni. Von der polnischen Grenze (21.) wird berichtet: Das Staatsrathsgesetz hat wenig befriedigt, dagegen das Wahlgesetz für die Gubernial-, Kreis- und Stadträthe alle Erwartungen übertroffen. Das Gesetz über die Reform des Stadtrathes wurde publiziert; der Geschäftskreis derselben ist nicht beendet. Die Wahlgesetze sind nur provisorisch bis der Staatsrath angehört werden sein wird. Viele der Mosliner Gefangenen wurden entlassen.

**Rom.** 16. Juni. In Folge einer lärmenden nationalen Kundgebung wurde das Theater geschlossen. **Turin.** 21. Juni. Die Antwort auf die französische Note ist bereits abgegangen.

**Paris.** 21. Juni. Abends. Die heutige „Partie“ schreibt: Das Turiner Kabinett ist mit Frankreich hinsichtlich der Anerkennung des Königreichs Italien einverstanden und gibt den Vorbehalt bezüglich der Frage wegen Rom und des Patrimoniums des Papstes zu (admet). Bismarck wird mit der Antwort heute erwartet.

**Turin.** 21. Juni. Die heutige „Opinione“ schreibt: Heute begann die Diskussion bezüglich des vom Ausschusse modifizierten Nationalbewaffnungsprojektes Garibaldi's. Gegen das Projekt sprach Petrucci, der eine Vermehrung des regelmäßigen Heeres vorzieht, dieser sowie der Deputierte Macelli sprachen leidenschaftlich gegen die französische Allianz und die Okkupation Rom's, welche Italien Schwach und Nachtheile bringen. Gegen den modifizierten Antrag sprachen noch mehrere Redner, welche Garibaldi's ursprüngliches Projekt vorziehen. Das Gesetz konnte wegen der zu geringen Anzahl anwesender Deputirten nicht votirt werden. Ricciardi interpellirte wegen Aufhebung der Akademie der Wissenschaften in Neapel; der Minister versprach die Wiedererrichtung derselben.

**London.** 21. Juni. In der gestrigen Unterhausitzung erklärte Lord John Russell auf eine Interpellation Griffiths, daß er vom französischen Botschafter die Mittheilung erhalten habe, daß die Botschafter Österreichs und Spaniens in Paris einen allgemein gehaltenen Vorschlag wegen eines gemeinsamen Handels der katholischen Mächte in Betreff der weltlichen Macht des Papstes gemacht haben, der aber von Frankreich ablehnend beantwortet worden ist. Russell rüft bei diesem Aulasse in's Gedächtniß, daß die weltliche Macht des Papstes ebenso wohl von England, Preußen und Schweden geordnet worden sei, wie von den katholischen Mächten.

**New-York.** 8. Juni. Die Separatisten sind auf dem Marsche gegen Cairo. Es zirkulirt das Gerücht, daß sie die Allianz Brasiliens suchen. Die feindliche Sämung des Nordens gegen England ist im Zunehmen.

## Auszug aus dem Sitzungsprotokolle des krainischen Landes-Ausschusses

am 17. Juni 1861

Vorsitzender: Herr Landeshauptmann Freih v. Cödelli. Herr Ausschußrath Michael Ambrosch, Dr. Joh. Bleiweis, Dr. Josef Suppan, Dr. Ausschußrath's Stellvertreter Eduard v. Strahl.

Ausschußrath Ambrosch referirt:

1. Über die Einführung der Gasbeleuchtung in dem hierortigen Theater und produziert die, in Folge der Erhebungen zusammengestellte Rechnung über die Einführung der Leitungsröhren und des Lusters, im Betrage pr. 3107 fl. in Silbermünze, mit dem Besche, daß die Zahlung auf drei Jahre repartirt werden könnte.

ad 1. Beschluß per majora, daß wegen zu schwacher Dotirung des Theaterfondes und wegen der Unzweckmäßigkeit, den Landessond für diesen Zweck in Anspruch zu nehmen, in die Einführung der Gasbeleuchtung im Innen des Theaters nicht eingegangen werden könne, und daß lediglich im Foyer und in den Gängen zu ebener Erde vier Gasflammen anzubringen seien.

2. Über die Einlage des Landtags-Abgeordneten Johann Guttman, womit er den Antrag stellt, auf Erwirkung eines Gesetzes für eine zwanzigjährige Steuerfreiheit von Neubauten und für eine fünfzehnjährige Steuerfreiheit von größern Umstaltungsbauten. ad 2. Beschluß: an den Antragsteller eine Zuschrift erlassen, des Inhalts: der Antrag in seiner vorliegenden Stylierung eigne sich wegen Mangels einer entsprechenden Begründung noch nicht zur Verathung im Ausschusse. Der Antragsteller wolle demnach die Begründung nachtragen. Nebrigens würde dieser vorliegende nicht begründete Antrag dem Landtage auch in der gegenwärtigen Fassung einfach unterbreitet werden.

3. Über den Bericht der Landes-Realitäten-Inspektion bezüglich zweier von der k. k. Landesregierung benützten, in dem vormalß städtischen sogenannten Pogatschitschen Hause, befindlichen zwei Zimmern. ad 3. Wird die k. k. Landesregierung um die Räumung dieser Lokalitäten ersucht, damit dieselben vom Landesausschusse benützt werden können.

4. Über zwei Entlagen der Gemeindevorstände von Seisenberg und Tressen, worin in der ersten um Erwirkung gebeten wird, daß auf dem Lande bezüglich der Verfassung der Urkunden und Gingaben für Parteien Abhilfe getroffen werden möchte, in der zweiten aber beantragt wird, daß die zwecklosen, die ländliche Bevölkerung drückenden Notariate beseitigt werden.

ad 4. Wurde nach dem Antrage beschlossen, diese beiden Entlagen der k. k. Landesbehörde zu dem Ende zu übermitteln, damit sie an das k. k. Staatsministerium zur Bedachtnahme bei den Vorlagen für die Justizorganisation, vorgelegt werden. Der Ausschußrath Herr Dr. Suppan beklagt sich vor, sein Separativum gegen diesen Beschluß einzubringen.

Ausschußrath Dr. Bleiweis referirt

5. Über ein Gesuch des Laibacher Stadtmagistrates um Gestattung der Benützung des im Hauptgebäude befindlichen Gartens als Turnhalle für das Gymnasium und die Realschule.

ad 5. Wurde dem magistratlichen Gesuch unter einigen Vorstichen willfahrt.

Ausschußrath's Stellvertreter v. Strahl referirt

6. Über eine Note an die k. k. Staatsbuchhalter in Triest bezüglich der Mängel einer Depositen-Rechnung pro 1860.

ad 6. Wurden die Erläuterungen der Realitäten-Inspektion angemessen befunden.

7. Über ein Pensionsgesuch aus dem Landesfonde.

ad 7. Wird dem Landtag mit dem Antrage auf Genehmigung vorgelegt werden.

8. Über das Dienstverhältniß des Burggärtner.

ad 8. Ist beschlossen worden, für die gänzliche Bestellung des Burggartens einen Pauschalbeitrag pr. 300 fl. an einen Sachverständigen zu bezahlen, und dem abtretenden Burggärtner eine provisorische Gnadengabe von monatlich 15 fl. östl. Währ. zu bewilligen.

9. Über eine Note an das Kuratorium des Landesmuseums, womit der Vorschlag des krainischen Musealfondes pro 1861 mitgetheilt wird.

ad 9. Beschluß nach Antrag.

10. Über eine Zuschrift an das Kuratorium des Landesmuseums mit der Erledigung der Musealfonds-Rechnung pro 1860.

ad 10. Wurde diese Rechnung definitiv bestätigt.

11. Über eine Note des hochw. Ordinariats, betreffend die Kompetenzgesuche für die Salvay'sche Stiftung.

ad 11. Die Adels- und Dürstigkeitsverhältnisse bestätigt.

Schließlich sind von dem Referenten Herrn von Strahl noch mehrere Gesuche, betreffend die Verleihung einiger Stiftungen, Flüssigmachung von Vorschüssen für Kanzleierfordernisse des Landesausschusses, eines Diurnums, Kollaudierungskarte über Konservationsarbeiten und Vermietungsgegenstände von Landesrealitäten vorgelegt, und nach den Anträgen erledigt worden.

Bom krainischen Landes-Ausschusse, den 17ten Juni 1861.

## Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Tag	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in P. L. auf 0° R. reduziert	Lufttemperatur nach Reaum.	Wind	Witterung	Niederschlag binnen 24 Stunden Pariser Linien
18. Juni	6 Uhr Mrg.	325.60	+12.8 Gr.	Windstille	dichter Nebel	
	2 " Nchm.	325.70	+20.0 "	0. schwach	Sonnenschein	0.00
	10 " Abd.	326.00	+15.2 "	Windstille	sternhell	
19. "	6 Uhr Mrg.	326.40	+12.8 Gr.	Windstille	Sonnenschein	
	2 " Nchm.	326.30	+20.8 "	SW. schwach	dette	0.00
	10 " Abd.	326.50	+17.6 "	W. dette	sternhell	
20. "	6 Uhr Mrg.	326.60	+13.6 Gr.	0. "	Sonnenschein	
	2 " Nchm.	326.50	+22.0 "	S. sehr stark	dette	0.00
	10 " Abd.	326.60	+18.0 "	S. schwach	sternhell	

# Anhang zur Laibacher Zeitung.

**Börsenbericht.** Wien, (Mittags 1 Uhr.) (Mr. Stg. Abbbl.) Staatspapiere fest, in den Kursen jedoch keine Veränderung. Bank-Aktien anfangs ausgedehnt, zum Schluß wieder beliebter. Gegen Ende trat in den Nordbahn-Aktien ein Rückgang von circa 1% ein. Fremde Valuten und Gold genau wie gestern, Silber jedoch um 1/4% billiger ausgetragen. Geld flüssig.

Öffentliche Schuld.		Geld Ware		Geld Ware		Geld Ware		Geld Ware	
A. des Staates (für 100 fl.)		Böhmen	5	90.—	91.—	Galiz. Karl-Ludw.-Bahn zu 200 fl.		Glary	zu 40 fl. G.M.
Geld Ware		Steiermark	5	87.50	88.50	G. M. m. 140 fl. (70%) Ginz.	149.—	149.50	35.50 38.—
In österr. Währung zu 5%	60.80	Mähren u. Schlesien	5	86.—	87.—	Dest. Don.-Dampfsch.-Gef.	428.—	429.—	St. Genois " 40 " 37.50 38.—
5% Antsch. von 1861 mit Rückg.	85.40	Ungarn	5	68.75	69.50	Österreich. Lloyd in Triest	220.—	225.—	Windischgrätz " 20 " 22.25 22.50
National-Antlehen mit		Ungarn	5	67.50	68.—	Wien. Dampf.-Akt.-Gef.	380.—	385.—	Waldstein " 20 " 25.75 26.25
Jänner-Goup.	5	81.6	81.80	67.—	67.75	Wien. Kettenbrücken	398.—	400.—	Keglevich " 10 " 14.75 15.25
National-Antlehen mit		Siebenb. u. Bukow.	5	64.50	65.50	Wöhr. Westbahn zu 200 fl.	167.50	168.—	Wechsel.
April-Goup.	5	80.75	80.8	89.—	90.—	Pfandbriefe (für 100 fl.)		3 Monate	Geld Ware
Metalliques	5	68.60	68.75			National-6jäh. v. 3. 1857 5% 102.—	102.5	Angsburg, für 100 fl. südb. W.	116.— 116.25
dette mit Mai-Goup.	5	63.40	69.50			bau auf 10 " dette " 5	97.50	Frankfurt a. M., dette	116.25 116.50
dette	4	59.—	59.50			G. M. verlosbare " 5	90.50	Hamburg, für 100 Mark Banko	102.25 102.50
mit Verlosung v. 3. 1839	115.—	115.50				National- (verlosbare auf öst. W. " 5	86.50	London, für 10 Pf. Sterling	137.— 137.40
" 1854	92.50	92.75				St. G. G. 1000 fl. G.M. 1961. 1962.—		Paris, für 100 Franks	54.10 54.20
" 1860 zu									
" 500 fl.	84.80	85.—							
zu 100 fl.	89.—	89.27							
Geme-Rentensch. zu 42 L. aust.	16.50	17.—							
B. der Kronländer (für 100 fl.)									
Grundstücks-Öbligationen.									
Nieder-Österreich.	zu 5%	89.50	90.—						
Ob. Ost. und Salz.	5	89.—	89.50						

## Effekten- und Wechsel-Kurse an der k. k. öffentlichen Börse in Wien.

Den 22. Juni 1861.

Effekten.	Wechsel.
5% Metalliques	68.70
5% Nat. - Ant.	80.80
Bankaktien	758.—
Kreditaktien	177.—

## Fremden-Anzeige.

Den 21. Juni 1861.

Mr. Nöthl, von Gotthsee. — Mr. Janoviger, Kaufmann, von Wien. — Mr. Van der Zee, Handelsmann, von Smyrna. — Mr. Bugmiller, Bräuerbesitzer, von Hütteldorf. — Fr. Wachnitzius, Bezirks-Vorsteher, von Matzschach.

3. 1131. (1) Nr. 2356.

## Gedikt

Von dem k. k. Landes-, als Handelsgerichte wird bekannt gemacht:

Es sei über Einschreiten der Frau Franziska Mayr, in die Protokollierung der Firma für die von ihr errichtete Spezerei-Warenhand in Laibach mit

## „Richard Mayr's Erben“

so wie in die Protokollierung der dem Herrn Philipp Fattori ertheilten Prokura und des zur Bezeichnung dieser Firma gewilliget und unter Einem veranlaßt worden.

Laibach am 15. Juni 1861.

3. 205. a (1) Nr. 182.

## Kundmachung.

Die schriftliche und mündliche Prüfung der am k. k. Laibacher Gymnasium anmeldeten Privatisten wird für's II. Semester 1861 am 24. und 25. Juli um 8 Uhr Vormittags abgehalten werden.

In Folge h. u. M. Erlasses vom 9. Juni 1858, Zahl 9653, haben sich die bezüglichen Schüler katholischer Religion vor Ablegung der Privatprüfung mit einem Zeugnisse darüber auszuweisen, daß sie den Religionsunterricht von einem hiezu vom hochw. fürstbischöfl. Ordinariatt ermächtigten Priester erhalten und die Pflichten bezüglich der religiösen Uebungen erfüllt haben.

K. k. Gymnasial-Direktion.

Laibach am 22. Juni 1861.

3. 993. (7)

## Hausverkauf.

In der nächsten Nähe des im Angriff genommenen Eisenbahn-Hofes wird ein aus solidem Materiale erbautes stockhohes Haus samt Garten und einer Wiese aus freier Hand zum Verkauf ausgetragen.

Nähre Auskunft darüber ertheilt bei gefälliger Anfrage der Eigenthümer selbst in Militär Sissel.

A. Janusich.

## Pränumerations-Einsadung.

Mit 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf das zweite Halbjahr der „Laibacher Zeitung“ und „Blätter aus Kain“, (welche Letztere jeden Samstag als Gratisbeilage den P. T. Abonnenten verabfolgt werden.) In der bekannten Tendenz der Zeitung wird keine Aenderung eintreten; die Redaktion wird eifrigst bemüht sein, den Anforderungen ihrer Leser gerecht zu werden. Vaterländische Schriftsteller werden eingeladen, mitzuwirken; entsprechende Aufsätze und Mittheilungen werden bestens honorirt.

### Die Pränumerations-Bedingungen bleiben unverändert:

Ganzjährig mit Post, unter Kreuzband versandt, . 15 fl. — fr. Ganzjährig für Laibach, in's Haus zugestellt, . 12 fl. — fr. halbjährig dto. dto. . 7 " 50 " halbjährig dto. dto. . 6 " — ganzjährig im Comptoir unter Convert . 12 " — ganjährig im Comptoir offen . . . . . 11 " — halbjährig dto. dto. . 6 " — halbjährig dto. dto. . 5 " 50 "

### Die Pränumerations-Beträge sollen portofrei zugesandt werden.

Die Insertions-Gebühren in das Intelligenzblatt der „Laibacher Zeitung“ betragen für eine Garmonde-Spaltenzeile, oder den Raum derselben, für einmalige Einschaltung 6 fr., für zweimalige 8 fr. und für dreimalige 10 fr. öst. W. u. s. f., wenn die Wiederholung der Einschaltung innerhalb acht Tagen erfolgt. Zu diesen Gebühren sind noch 30 fr. „für Insertionsstempel“ für eine jedesmalige Einschaltung hinzuzurechnen. — Inserate bis zu 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 fr. für drei Mal, 1 fl. 40 fr. für zwei Mal und 90 fr. für ein Mal, mit Inbegriff des Insertionsstempels.

Laibach, im Juni 1861.

Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg.

3. 1080. (3)

## Das Alpenbad

zu St. Leonhard ob Himmelberg, Post Feldkirchen in Kärnten, ist seit 1. Juni 1861 eröffnet.

Die Heilkraft dieser Quelle hat bei Nervenleiden, schwacher Verdauung und geschwächter Sehkraft, wie überhaupt bei Augen-Krankheiten fast an das Wunderbare grenzende Wirkungen an unzähligen Besuchern dieses Bades hervorgebracht; besonders haben Rekonvaleszenten von schweren Krankheiten hier in der stärkenden Alpenluft und durch die Einathmung der harzigen Ausdünstung der Fichtenwälder in unglaublich kurzer Zeit ihre volle Kraft und Stärke wieder erlangt. Auf Verlangen werden auch die in der neuern Zeit für Nervenfranke angerrühmten Fichten-nadelbäder bereitet. Für hinlängliche Unterkunft ist durch neue Zubauten gesorgt; die neue Fahrstraße den Berg hinauf bis zum Badeorte bequem und sicher; für gute Küche und Getränke so wie für honneste Bedienung wird die aufmerksamste Sorge getragen. Zu dem angenehmsten Sommeraufenthalte in dieser lieblichen Alpenregion macht daher seine gehorsamste Einladung und empfiehlt sich hochachtungsvoll.

St. Leonhard ob Himmelberg, Post Feldkirchen in Kärnten, am 12. Juni 1861.

Jakob Wanner,  
Badinhaber.

3. 1023. (3)

## Hôtel „König von Ungarn“, große Schulerstraße in Wien.

Wir erlauben uns, die ergebenste Anzeige zu machen, daß wir das Hôtel seit 1. Mai übernommen haben, und bitten, das Vertrauen, welches dasselbe durch 45 Jahre unter der Familie Wuester genoss, an uns gütigst zu übertragen.

Es soll unsere ganze Aufmerksamkeit darauf gerichtet sein, die geehrten P. T. Gäste, so wie Reisende durch besonderen Komfort zufrieden zu stellen.

Gleichzeitig bringen wir zur geneigten Kenntniß, daß bei der geschmackvollen Umgestaltung der Restaurations-Lokalitäten der Hof in einen Speisegarten umgestaltet wurde.

Hochachtungsvoll Ergebene

C. Landisch,  
durch 13 Jahre gewesener Restaurateur des adeligen Casino in Pest.

A. Vogelsang,  
gewesener Geschäftsführer des obigenannten Hôtels.